LICHTENBERGER REGISTER
EIN PROJEKT VON LICHT-BLICKE FACH- UND NETZWERKSTELLE

# Das Lichtenberger Register im 1. Halbjahr 2016

Der Fall des angeblich am 11. Januar entführten Mädchens in Marzahn sorgte auch im Bezirk Lichtenberg für einige Aufregung. Eine neonazistische „Nein zum Heim"-Initiative nutzte die aufgeheizte Situation, um gezielt Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. Mehrere Männer griffen daraufhin eine Flüchtlingsunterkunft in Falkenberg an und verletzten das Wachpersonal. Ein Flüchtling wurde am Nöldnerplatz attackiert, weitere in Marzahn-Hellersdorf. Die Entführung stellte sich später als Falschmeldung heraus. Der Fall zeigt die Emotionalität und auch die Aggressivität, mit der die gesellschaftliche Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen auch in Lichtenberg geführt wurde und wird. Das schlägt sich auch in den Registerzahlen für das erste Halbjahr 2016 nieder.

Von Januar bis Juni wurden in Lichtenberg **158 Vorfälle** gezählt. Damit ist im Vergleich zum Vorjahr (1.HJ. 2015: 105) wiederum ein deutlicher Anstieg der Zahlen zu vermerken. Weiterhin ist die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge, ihre Unterbringungen und Unterstützer_innen das zentrale Thema der extremen Rechten. **Rassismus** war dementsprechend mit 114 Vorfällen das vorherrschende Motiv auch in diesem Halbjahr. Die Zusammensetzung der Vorfälle hat sich jedoch verschoben. War im letzten Jahr ein enormer Anstieg von Demonstrationen und Kundgebungen zu verzeichnen, sind diese im Jahr 2016 wieder deutlich zurückgegangen. Von den 19 gezählten **Veranstaltungen** waren lediglich fünf explizit gegen Flüchtlinge gerichtet, darunter eine NPD-Demonstration, sowie zwei Kundgebungen der NPD und einer NPD-gesteuerten „Nein zum Heim"-Initiative. Die Teilnehmer_innen-Zahlen gingen im Vergleich zum letzten Jahr ebenfalls deutlich zurück.

**Rassismus ist weiterhin das vorherrschende Motiv bei den Vorfällen in Lichtenberg.**

Die Zahl der **Angriffe** (12), der **Bedrohungen** (7) und der **Propaganda** (117) ist weiter alarmierend hoch. Fast jede Woche wird in Lichtenberg ein Mensch angegriffen oder bedroht, vorwiegend aus rassistischen Motiven.

Mit dem Abebben der Kampagne gegen Flüchtlingsheime in **Hohenschönhausen Nord** (38) ist nun wieder **Lichtenberg Mitte** (48) der Bezirksteil mit den meisten Vorkommnissen.

Die Propagandaaktivitäten der Lichtenberger Parteien und Organisationen des neonazistischen und rechtspopulistischen Spektrums zeigen im ersten Halbjahr 2016 eine Fokussierung auf die anstehenden Wahlen in Berlin. Sowohl die NPD, als auch die „Alternative für Deutschland" (AfD) sind vermehrt mit Infoständen vertreten, „Pro Deutschland" konzentriert sich auf Postwurfsendungen.

Seit Ende 2014 beobachten die Berliner Register auch neonazistische und rassistische Webseiten. In 20 Fällen fanden im 1. Halbjahr 2016 rassistische Internetbeiträge Eingang in das Lichtenberger Register.

Protest gegen eine NPD-Kundgebung am 1. Mai 2016 (© Theo Schneider)

## Werden Sie Register-Anlaufstelle

Das Register funktioniert nur, wenn es Menschen im Bezirk gibt, die Beobachtungen machen und diese dem Register mitteilen. Dazu können Sie direkt eine Mail an register@licht-blicke.org schicken.

Wenn Sie als Jugendklub, Nachbarschaftszentrum oder Verein eine Anlaufstelle werden wollen, dann nehmen Sie Kontakt auf. Sie bekommen dann ein Anlaufstellen-Plakat und Meldebögen zugesandt. Bei Bedarf führen wir Schulungen für Anlaufstellen durch.

**Kontakt:**

Web: www.licht-blicke.org
www.berliner-register.de/lichtenberg
Mail: register@licht-blicke.org
Tel.: 030 - 505 665 18
Stand: 27. Juli 2016
Redaktion und Gestaltung: Michael Mallé

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter (pad gGmbH), Kastanienallee 55, 12627 Berlin

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin" der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. In Trägerschaft der pad gGmbH.

Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin.
Das Landesprogramm

pad
präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH

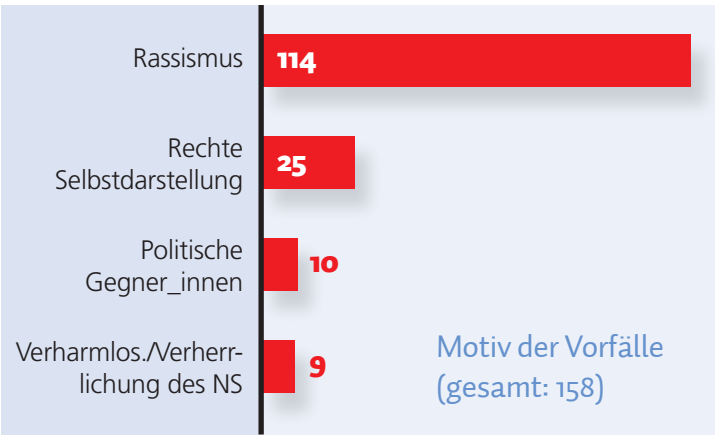
## Das Lichtenberger Register

Seit 2006 existiert im Berliner Bezirk Lichtenberg das Register. Es wurde als Projekt der Netzwerkstelle „Licht-Blicke“ in Trägerschaft des pad e.V. (heute pad gGmbH) konzipiert. Seitdem werden die Zahlen neonazistischer, rassistischer und anderer diskriminierender Vorfälle in Lichtenberg gesammelt und jährlich ausgewertet und veröffentlicht. Das ermöglicht auch die Analyse von Entwicklungen im Bezirk. Das Lichtenberger Register unterlag in der Zeit seines Bestehens verschiedenen Veränderungen. Wurde es früher ausschließlich aus bezirklichen Projektgeldern ermöglicht, existiert seit 2014 eine Senatsfinanzierung. Auch die Schwerpunkte mussten mehrfach angeglichen werden. Letzte Entwicklungen in dieser Richtung waren das Einbeziehen von Vorfällen, die in digitalen Medien und sozialen Netzwerken geschehen. Zum Anderen hat sich die inhaltliche Fokussierung von Neonazis und Rassist_innen auf Flüchtlinge und ihre Unterbringungen verlagert. Das Thema wird auch 2016, besonders im Zusammenspiel mit der Berlin-Wahl im September, eine zentrale Rolle einnehmen.

## Motiv der Vorfälle

Die gesellschaftliche Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen wird auch in Lichtenberg anhand von dort vorhandenen und geplanten Standorten geführt. Neonazis und andere Rassist_innen nutzen diese für verschiedene Aktivitäten. Ein **rassistisches Motiv** lag in 114 der 158 Vorfälle (1.HJ. 2015: 67) vor. Dazu zählten 94 Propagandadelikte, aber auch neun Angriffe und fünf Bedrohungen. Mit 25 Vorfällen (1.HJ. 2015: 19) folgten mit deutlichem Abstand die **Rechte Selbstdarstellung** – also Partei-Wahlstände, Stammtische und Aufkleber, die nur aus Eigenwerbung bestanden.
**Politische Gegner_innen** waren in zehn Fällen (1.HJ. 2015: 10) Ziel rechter Aktionen. Es wurden unter anderem zwei Angriffe und eine Bedrohung gegen Personen aufgenommen. Betroffen waren ein Pressevertreter bei einer rechten Demonstration und Antifaschist_innen, die in der S-Bahn von Neonazis attackiert wurden. Ein Mitglied des Lichtenberger AfD-Vorstands veröffentlichte im Internet einen Steckbrief mit den Namen und Gesichtern von Pressefotograf_innen.

In neun Fällen (1.HJ. 2015: 6) wurde der **Nationalsozialismus verharmlost oder verherrlicht**. **Antisemitische** und **lgbtiq*-feindliche** Vorfälle fanden in diesem Zeitraum in Lichtenberg keinen Eingang in das Register.

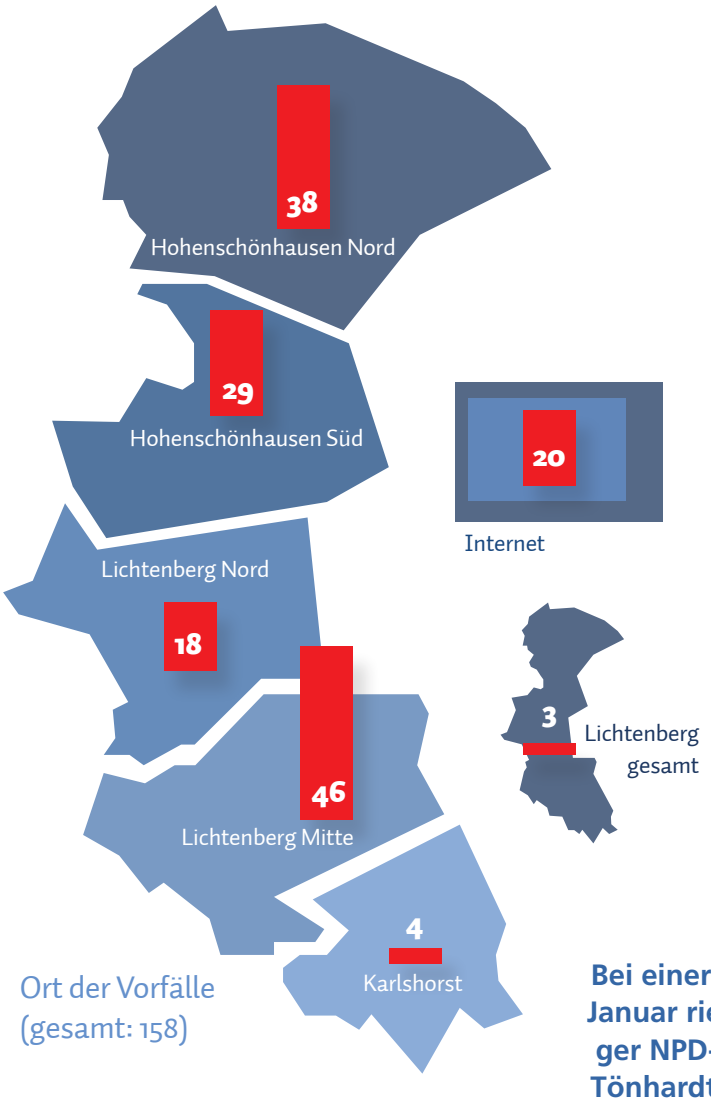



## Die Berliner Register

Register sind Dokumentationen von neonazistisch, rassistisch, antisemitisch, lbgtiq-feindlich*, antiziganistisch, rechtspopulistisch und anderen diskriminierend motivierten Vorfällen, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Bürger_innen bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Bezirke verteilt sind, gemeldet und an die Koordinierungsstellen der Register weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht.
Das erste Register wurde 2005 in Pankow eingerichtet, es folgten weitere in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg. In den letzten Jahren wurden in fast allen Berliner Bezirken Register eingerichtet. Die Finanzierung der Registerstellen wird aus Mitteln der Bezirke und des Berliner „Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ ermöglicht.
Ziel der Register ist aber nicht nur die Dokumentation und Analyse von extrem rechten Vorfällen, sondern auch das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Im Gegensatz zu bestehenden Statistiken beziehen Register daher nicht nur anzeigerelevante Vorfälle wie Sachbeschädigungen und Angriffe ein, sondern es werden auch niedrigschwellige Vorfälle aufgenommen, wie Aufkleber, Beleidigungen und Bedrohungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht allein dastehen.
Durch die Veröffentlichung der Vorfälle und die aktive Beteiligung der Bürger_innen am Register wächst das Interesse für die Problematik der Diskriminierung, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl selbst auch betroffenen sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber jenen Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren.
Register haben Grenzen. Sie können in die Auswertung immer nur die Fälle einbeziehen, die die Polizei veröffentlicht, die den Anlaufstellen oder der Opferberatung gemeldet werden. Wenn aus einer Region mehr Meldungen eingehen, kann das an einer sensibilisierten Nachbarschaft liegen und muss nicht zwangsweise auf ein erhöhtes Aufkommen von Diskriminierung zurückgeführt werden. Insofern können Register nie ein vollständiges Bild zeichnen. Bundesweite Studien zeigen weiterhin, dass rechtsextreme Einstellungen keineswegs nur am Rand der Gesellschaft existieren, sondern dass sie von ca. 15 Prozent der Gesellschaft vertreten werden. Von einer Dunkelziffer an Vorfällen ist daher auszugehen.

*Gemeint sind Vorfälle, die sich gegen homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen richten. LBGTIQ steht für Lesbian-Bi-Gay-Trans-Inter-Queer.

www.berliner-register.de/lichtenberg




Ort der Vorfälle (gesamt: 158)

## Ort der Vorfälle

Der Bezirksteil **Lichtenberg Mitte** war mit 46 Vorfällen (1.HJ. 2015: 22) wieder der mit den meisten Zählungen. Hier fanden die meisten Angriffe, Propagandadelikte und Veranstaltungen – vor allem Infotische – statt. In Lichtenberg Mitte waren vor allem regelmäßige Aufklebertouren verschiedener neonazistischer Parteien festzustellen. Die lokale NPD veranstaltete zudem in der Magaretenstraße eine Kundgebung gegen eine Podiumsveranstaltung der SPD.

**Hohenschönhausen Nord** war mit 38 Vorkommnissen (1.HJ. 2015: 43) der zentrale Austragungsort rassistischer Kampagnen gegen Flüchtlingsheime. Der Trend der regelmäßigen Demonstrationen des letzten Jahres scheint jedoch gebrochen zu sein. Die lokale „Nein zum Heim"-Initiative bewegte sich fast ausschließlich im digitalen Raum. Sie positionierte sich dabei klar mit NS-Bezügen und warb offen für Veranstaltungen der NPD.

Einen deutlichen Anstieg gab es mit 29 Vorfällen in **Hohenschönhausen Süd** (1.HJ. 2015: 6). Das war vor allem auf eine Steigerung der Propagandaaktivitäten von „Pro Deutschland" zurückzuführen.

**Lichtenberg Nord** (1.HJ. 2015: 9) war mit 18 Vorkommnissen überwiegend von Propaganda betroffen. Im Umfeld der dortigen Flüchtlingsheime und alternativen Wohnprojekte kam es jedoch zu zwei Angriffen und einer Bedrohung.

Erwähnenswert für **Karlshorst** (1.HJ. 2016: 4, 1.HJ. 2015: 2) ist lediglich eine Kundgebung der NPD am 8. Mai 2016. Diese war im Vergleich zum Vorjahr schlecht besucht und wurde von den Protesten übertönt.

Im **Internet** wurden 20 Vorfälle gezählt.

Drei Fälle konnten keinem Bezirksteil zugeordnet werden.

**Bei einer Kundgebung im Januar rief die Lichtenberger NPD-Chefin Manuela Tönhardt „WIR beschmieren keine Hauswände." Wenige Tage später waren an gleicher Stelle gesprühte Hakenkreuze und Naziparolen zu sehen.**

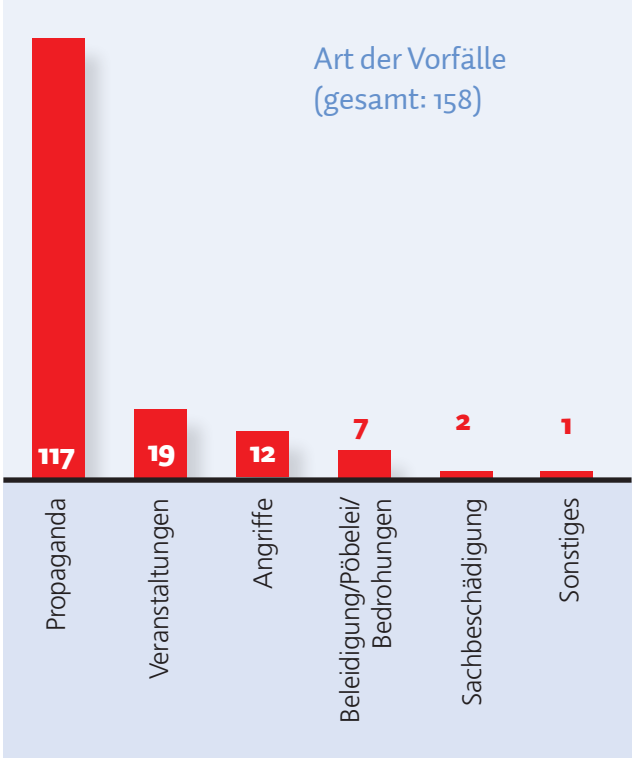
## Art der Vorfälle

Erneut waren die meisten Vorfälle in Lichtenberg **Propagandadelikte** (1.HJ. 2016: 117, 1.HJ. 2015: 58). Etwa 75 Prozent der gezählten Vorfälle fielen in diese Kategorie. Die Zahl umfasste die regelmäßigen Steckaktionen der rechtspopulistischen Partei „Pro Deutschland". Mehrmals die Woche wurden in verschiedenen Lichtenberger Bezirksteilen Postkarten und Zeitungen in Briefkästen gesteckt. Registriert wurden aber auch Aufkleber, Plakate und Sprühereien. Ebenfalls zu dieser Kategorie zählt das Monitoring von rechten Internetseiten (20 Vorfälle).

Bei den 19 gezählten **Veranstaltungen** (1.HJ. 2015: 27) handelte es sich um Infotische (3, NPD und 7, AfD), Demonstrationen (1, NPD), Kundgebungen (3, NPD und 1, „Nein zum Heim"), Stammtische und Parteisitzungen (2, AfD), sowie zwei Bürgerversammlungen mit rechten Wortmeldungen. Gerade bei den Demonstrationen und Kundgebungen war ein deutlicher Rückgang zum letzten Jahr zu verzeichnen. Die Vorbereitung des Wahlkampfes hat die Mobilisierung gegen Flüchtlinge als Thema überholt.

Die Diskussion um Flüchtlinge und ihre Unterkünfte kanalisierte sich auch in Lichtenberg gewalttätig. Das zeigen 12 **Angriffe** (1.HJ. 2015: 4) und sieben **Bedrohungen** (1.HJ. 2015: 7) im ersten Halbjahr 2016. Vor allem Flüchtlinge und ihre Unterstützer_innen waren von dieser Gewalt betroffen. Dabei wurde im Januar auch gezielt eine Flüchtlingsunterkunft von mehreren Männern mit Schlagwerkzeugen attackiert. Zusätzlich wurden zwei **Sachbeschädigungen** (1.HJ. 2015: 2) gezählt.

Die Lichtenberger **Bezirksverordnetenversammlung (BVV)** wird auch vor der Wahl von der NPD nicht mehr als Plattform genutzt. Sie stellte im ersten Halbjahr 2016 keinen einzigen Antrag.



# Fazit

Die Tendenz der ansteigenden Zahlen der letzten anderthalb Jahre hat sich auch im ersten Halbjahr 2016 fortgesetzt. Besonders die Kategorien Rassismus, Propaganda und Gewalt sind auf einem prägnant hohen Niveau.

Im Vorfeld der Senats- und Bezirksverordnetenversammlungswahl im September 2016 ist eine erhöhte Aktivität der Bezirksverbände von NPD, „Pro Deutschland" und der „Alternative für Deutschland" zu verzeichnen. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Monaten voraussichtlich noch verstärken.

Die starke Mobilisierung auf der Straße gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte wurde jedoch im letzten Jahr im Bezirk gestoppt. Anders als in Hellersdorf, Pankow und Treptow-Köpenick finden in Lichtenberg keine regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen zu diesem Thema mehr statt. Bei den wenigen Veranstaltungen der extremen Rechten erschien fast ausschließlich das eigene Millieu.

**Wie leicht Gerüchte über Flüchtlinge in Gewalt umschlagen können, zeigte der Fall des angeblich entführten Mädchens.**

Stattdessen sind weiterhin Anwohner_innenversammlungen Orte, an denen es zu rassistischen Wortmeldungen und aggressiver Stimmung kommt. Dazu zählen bezirklich organisierte wie auch selbstorganisierte Versammlungen in der Nachbarschaft. Solche Versammlungen mobilisierten mehr als hundert Anwohner_innen. Das Thema wird, auch aufgrund der in Planung befindlichen Bauprojekte, weiter im lokalen Rahmen präsent bleiben. Wie leicht gestreute Gerüchte in Gewalt umschlagen kann, zeigte die angebliche Entführung eines Mädchens. Rechte Akteure verdächtigten Flüchtlinge als Täter und so kam es zu mehreren gewalttätigen Übergriffen auf Flüchtlinge und auf Unterkünfte.

Die Aktivitäten der organisierten Rechten fallen höchst unterschiedlich aus. Die **NPD** mit ihrem Bezirksverband führte mehrere Kundgebungen und eine Demonstration durch, die jedoch vom Berliner Landesverband getragen wurde. Neben mehreren Infoständen kam es vereinzelt zu Flyeraktionen. Die BVV, in der sie zwei Mandate besitzt, nutzt sie nicht mehr als Plattform.

Die **„Bürgerbewegung Pro Deutschland"** agierte von ihrem Hellersdorfer Büro aus. Regelmäßig wurden Flyersteckaktionen im Bezirk organisiert. Im Wohnumfeld von Funktionären tauchten regelmäßig Aufkleber der Partei auf. Das weitere Parteigeschehen spielte sich ausschließlich in Sozialen Netzwerken ab.

Die Lichtenberger **„Alternative für Deutschland"** organisierte mehrere Infostände im Bezirk. Darüber hinaus veranstaltete die AfD einen monatlichen Stammtisch und unregelmäßige Veranstaltungen in Lichtenberger Kneipen. Organisatorisch ist sie eng mit der Berliner AfD verbunden und hat einen Großteil ihrer Kräfte auf die Berliner Verbandsarbeit verlagert.

Die Neonazipartei **„Der III. Weg"** und die **Freien Kameradschaften** waren - über Aufkleberpropaganda hinaus - nicht aktiv im Bezirk.

Wenn Sie die Auswertung des Lichtenberger Registers in Ihrer Nachbarschaftsvernetzung oder ähnlichen Runden vorstellen wollen, schreiben Sie eine Mail an register@licht-blicke.org.

Die Register-Chronik für das 1. Halbjahr 2016 findet sich auf:
**www.berliner-register.de/lichtenberg**

## Warum wird die „Alternative für Deutschland" beobachtet?

Die Berliner „Alternative für Deutschland" und noch deutlicher der Lichtenberger Verband ist ein Auffangbecken für ehemalige Akteure extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien und Organisationen. Mehrere Lichtenberger AfDler in führenden Positionen haben eine neonazistische Vergangenheit vorzuweisen, bzw. pflegen aktuell Kontakt zu Neonazis.

So war der Lichtenberger AfD-Vorstand Heribert Eisenhardt Pressesprecher des Berliner PEGIDA-Ablegers und lief auf mindestens einer Neonazidemonstration mit. Er stellte ein Fahndungsplakat mit Fotos und Namen von Pressefotograf_innen ins Netz. Sein Lichtenberger Kollege Kay Nerstheimer bezeichnete sich als Berliner Vorsitzender der rassistischen „German Defence League" und rief dazu auf, „Milizen" zu bilden. Die AfD-Wahlkandidatin Ludmilla Pütsch war früher im Bundesvorstand von „Pro Deutschland" und trat für die Partei bei der letzten Bezirkswahl an.

Diese personellen Verstrickungen drücken sich auch im Berliner Wahlprogramm aus. Das„Antifaschistische Pressearchiv" (apabiz) hat die Texte und Wortmeldungen der Berliner AfD unter die Lupe genommen: „Bei genauerer Betrachtung des Berliner Wahlprogramms wird jedoch vor allem bei den Themen ‚Familie und Kinder', ‚Innere Sicherheit und Justiz' sowie ‚Einwanderung und Integration' deutlich, wohin die Reise gehen soll. In Ergänzung mit dem gesprochenen Wort des Personals ergibt sich daraus eine reaktionäre Kampfansage an die etablierte Politik und Medien, vor allem aber an eine offene liberale Gesellschaft und die demokratischen und emanzipatorischen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte. (...)

[Die Berliner AfD fordert] für Berlin einen ‚sofortigen Aufnahmestopp'. Ergänzt wird dies durch eine Auflistung, welche Art der Unterbringung bzw. Nutzung als Notunterkünfte die AfD ablehnt. Zusammengefasst betrifft es alle derzeitigen Möglichkeiten im innerstädtischen Bereich. (...)

Bezogen auf den Islam fordert die AfD fundamentale Restriktionen der religiösen Ausübung. Im Vorwort wird deutlich, dass für die AfD ‚der Islam eben nicht zu Deutschland gehört'."

(Quelle: „Antritt von rechts", apabiz & MbR, 2016)

AfDler Heribert Eisenhardt (mitte) am 2. April 2016 auf einer Neonazidemonstration in Hellersdorf (© Alex Stifte)